



BLÄTTER ZUM LAND

Extra Ausgabe

Die Gedenkstätte KZ Osthofen

In Osthofen, in einer alten stillgelegten Papierfabrik im Ziegelhüttenweg, befand sich von Anfang März 1933 bis Anfang Juli 1934 das einzige frühe Konzentrationslager für den damaligen Volksstaat Hessen mit seinen drei Provinzen Starkenburg, Oberhessen und Rheinhausen. Auf Grund der räumlichen Nähe

*Außenansicht der
Gedenkstätte
KZ Osthofen*

wurden dort auch Gegner des NS-Regimes aus dem Kreis Birkenfeld, der damals zum Land Oldenburg gehörte, eingesperrt.

1991 kaufte das Land Rheinland-Pfalz die Liegenschaft und beauftragte die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) mit der Erarbeitung eines Konzeptes für die staatliche Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz. Heute befindet sich hier unter Trägerschaft der LpB das NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz/Gedenkstätte KZ Osthofen. Der 1986 gegründete Förderverein Projekt Osthofen e.V. unterhält in der Gedenkstätte ein eigenes Büro und arbeitet eng mit der LpB zusammen.



Vorgeschichte

Der promovierte Jurist Dr. Werner Best, nach der „Machtergreifung“ in Hessen am 6. März 1933 zunächst zum Sonderkommissar für das hessische Polizeiwesen ernannt und ab Juli als Landespolizeipräsident für das Polizeiwesen



Dr. Werner Best,
Mitte der 1930er Jahre
Hessisches
Landesarchiv Darmstadt

zuständig, galt innerhalb seiner Partei als Fachmann für die Bekämpfung politischer Gegner und für Sicherheitsfragen. Bereits am 5. August 1931 hatte er, noch als Gerichtsassessor, auf einem Treffen führender hessischer Nationalsozialisten, darunter der Offenbacher Kreisleiter und Wirtschaftsreferent Karl Wilhelm Schäfer, seine Pläne kundgetan, welche Maßnahmen nach einer Macht-

übernahme durch die NSDAP zu ergreifen seien. Er ging in dem schriftlich niedergelegten Szenario von einem abgewehrten kommunistischen Umsturzversuch aus. „Zur Rettung des Volkes“ müssten bewaffnete nationalsozialistische Gruppen die Macht ergreifen und den Ausnahmezustand erklären. „SA, Landwehren o.ä.“ sollten die unumschränkte Vollzugsgewalt erhalten. Widerstand sei grundsätzlich mit dem Tode zu bestrafen. Erschossen werden sollten zudem alle Personen, die ihre Waffen nicht binnen 24 Stunden abliefern und alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die sich an Streiks oder Sabotagemassnahmen beteiligen würden. Zu diesem Zwecke sollten Feldgerichte eingerichtet werden.

Schäfer übergab das Dokument dem sozialdemokratischen Frankfurter Polizeipräsidenten Ludwig Steinberg. Gründe hierfür waren vermutlich persönliche Verwerfungen zwischen Schäfer und Best. Letzterer hatte Schäfer wegen verschwiegener Vorstrafen und dem Vorlegen eines gefälschten Doktordiploms zum Rücktritt

aus dem hessischen Landtag gedrängt. Die Veröffentlichung des nach seinem Entstehungsort, dem Boxheimer Hof bei Bürstadt/Lampertheim in der Nähe von Worms, „Boxheimer Dokument“ benannten Textes schlug in Hessen und im ganzen Deutschen Reich für kurze Zeit hohe Wellen. Best wurde vom Staatsdienst suspendiert und ein Strafverfahren gegen ihn wegen Hochverrats eingeleitet. Mangels Beweisen wurde dieses im Oktober 1932 jedoch außer Kraft gesetzt. Letztlich hatte diese Affäre Adolf Hitler auf den jungen Juristen aufmerksam gemacht und dessen weitere Karriere in der SS nachhaltig befördert.

Als Polizeichef in Hessen konnte Best seine Vorstellungen der „Gegnerbekämpfung“ Realität werden lassen. Stützen konnte er sich dabei auf die eilig am Tag nach dem Brand des Reichstags von Reichspräsident Paul von Hindenburg am 28. Februar 1933 erlassene Notverordnung, die wesentliche Grundrechte außer Kraft setzte. Mit den darin legalisierten Einschränkungen der persönlichen Freiheit konnten umfangreiche

Im Datterich, einer Wochenschrift für Hessen, erschien am 4. Dezember 1931 eine Karikatur, die sich kritisch mit dem „Boxheimer Dokument“ auseinandersetzte.
Hessisches Landesarchiv Darmstadt, Ztg. 138, 5. Jg., Nr. 49, 1931



Verhaftungen zum angeblichen „Schutz von Volk und Staat“ durchgeführt werden. „Schutzhaft“ wurde eines der schlagkräftigsten Terrorinstrumente des „Dritten Reichs“.

Die im ganzen Reich einsetzende Verhaftungswelle brachte bereits vor den am 5. März anstehenden Wahlen zum neuen Reichstag Hunderte der bekanntesten kommunistischen Funktionäre hinter Schloss und Riegel. Ebenfalls verhaftet wurden aber auch etliche Funktionäre der Linksparteien und der Gewerkschaften. Schließlich wurde die sogenannte „Reichstagsbrandverordnung“ noch zum Anlass genommen, nach den Wahlen die Reichstagsmandate der KPD zu konfiszieren. Die Wahlen, die eine zwölf Jahre andauernde Diktatur und Gewaltherrschaft mit bis dahin unvorstellbarem Ausmaß von Verbrechen begründeten, sind daher keineswegs als „frei“ zu bezeichnen.

Das Reichstagswahlergebnis und die „Reichstagsbrandverordnung“, die in § 2 auch Eingriffe in die Länderrechte erlaubte, schufen auch die Grundlagen für die „Machtergreifung“ in Hes-

sen und die Übernahme der für die „Gegnerbekämpfung“ sowie für Sicherheitsfragen zentralen Positionen im Polizeibereich durch Best.

Auch seinen Kontrahenten Schäfer ließ Best im Frühjahr 1933 in „Schutzhaft“ nehmen. Als im Juli 1933 die Leiche Schäfers in der Nähe von Neu-Isenburg aufgefunden wurde, wurde Best mit dem Mord in Verbindung gebracht. „Seine Ungeschicklichkeit“ in dieser Affäre diene im Herbst 1933 seinem Widersacher, dem Gauleiter Jakob Sprenger, als Vorwand, Best aus dem hessischen Polizeidienst zu entlassen.

Die Errichtung des KZ Osthofen

Auch in Worms begannen unmittelbar nach den Wahlen zum Reichstag im März 1933 Massenverhaftungen von NS-Gegnern. Da die dortigen Haftstätten schnell überfüllt waren, ordnete der gerade von Best zum Polizeipräsidenten des Polizeiamtes Worms ernannte vormalige NS-Propagandaleiter aus Lorsch, Heinrich Maria Jost an, Gefangene nach Osthofen zu bringen, um eine leerstehende Papierfabrik für die Inhaftierung von über 100 Menschen vorzubereiten. Am 13. März traf der

*Reichsstatthalter Jakob Sprenger (1. Reihe 3. v. l.), Staatsminister Philipp Wilhelm Jung (4. v. l.),
Polizeiinspektor Otto Löwer (5. v. l. halbverdeckt)
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, O31, Album W. Jung*



erste Transport aus Worms mit ca. 80 Häftlingen ein, streng bewacht von bewaffneten, durch Best in großer Anzahl als Hilfspolizisten verpflichteten Angehörigen von SA, SS und Stahlhelm sowie regulärer Polizei. Für alle sichtbar wurden die Häftlinge am hellen Tag auf LKWs durch die Straßen von Worms und Osthofen zum Lager gefahren oder zu Fuß dorthin getrieben. Die meisten von ihnen waren schon seit Tagen im sogenannten „Braunen Haus“ in der Wormser Burkhardstraße 20 und in der dortigen SS-Kaserne in der Erenburgerstraße brutalen Verhören und Folterungen unterzogen worden. In der Erenburgerstraße, wo heute die Hochschule ihren Sitz hat, befand sich damals die Gestapo-Außenstelle Worms. Die Folterungen in ihren Kellern gehören zu den schlimmsten Erinnerungen vieler ehemaliger Häftlinge.

Bereits am 12. April 1933 lud Jost Pressevertreter ein, um über die Einrichtung des Konzentrationslagers Osthofen zu informieren. In der „Wormser Zeitung“ klang das am nächsten Tag so: *„Worms ist politisch der heißeste Boden in Hessen gewesen, und auch noch gefährlicher wie sonst ein Platz in ganz Deutschland. Das hat mich als Polizeichef dazu veranlasst, auch hier in Worms Maßnahmen zu treffen, die weitergehend sind, als sonst in Hessen. Um den Kommunismus wirksam bekämpfen zu können, mußte ich nicht nur in Worms, sondern auch in der ganzen Umgebung die Personen in Schutz-*

haft nehmen, die Gefahr bedeutet hätten nach der Machtübernahme. Da die normalen Haftzellen nicht ausreichen, habe ich in Osthofen das Konzentrationslager errichtet.“ Worms, etwa zehn Kilometer von Osthofen gelegen, war in der Weimarer Zeit eine aufstrebende Industriestadt und Zentrum der Lederindustrie. Die Wahlergebnisse von SPD und KPD lagen bei den Wahlen von 1930 bis März 1933 ziemlich konstant bei knapp unter 40 % mit zum Teil deutlichen Verschiebungen zwischen den beiden Arbeiterparteien. Daher galt die Stadt mit ihrem hohen Anteil von Beschäftigten in den Fabriken und dem infolge der Weltwirtschaftskrise großem Heer arbeitsloser und an den Rand des Existenzminimums gedrängter Menschen als „rote Hochburg“. Dementsprechend umkämpft war Worms am Ende der Weimarer Republik. Die politischen Gegner der Nazis hatten schon zu Jahresbeginn 1933 etliche Tote zu beklagen: So unter anderem den Wirt des Wormser „Volkshauses“, dem Versammlungslokal von SPD und Freien Gewerkschaften, Philipp Weiß, der am Faschingsdienstag 1933 bei einem Überfall von Nazis erschossen worden war sowie einen ebenfalls in dieser Nacht ermordeten jungen Kommunisten.

In Osthofen, der größten Gemeinde des Kreises Worms, befand sich im Ziegelhüttenweg seit 1872 eine Papierfabrik. Eigentümer war der im Ort geachtete jüdische Fabrikant Karl

Alzey, Frühjahr 1933: Nazigeegner werden auf LKWs begleitet von Hilfspolizei und regulärer Polizei in das nahe gelegene KZ Osthofen transportiert.



Joehlinger. Dieses Fabrikgebäude beschlagnahmte Jost Anfang März 1933 kurzerhand und nutzte es um dort alle missliebigen Personen ohne Rechtsgrundlage einzusperren. Die NSDAP hatte in der an der Bahnlinie gelegenen ländlich und protestantisch geprägten Kleinstadt seit 1930 einen rasanten Aufschwung genommen: ihre Wahlergebnisse lagen durchschnittlich neun Prozentpunkte über dem Reichsdurchschnitt. Auffällig sind auch die seit 1928 stark zunehmenden Aktivitäten der NSDAP-Ortsgruppe in Osthofen, die sich früh gegründet hatte und in ihren Reihen überdurchschnittlich viele sogenannte „Alte Kämpfer“ vereinigte. Die politische Situation vor Ort, die räumliche Nähe zum umkämpften Arbeiterzentrum Worms und die mit Bahnanschluss und Anbindung an die Bundesstraße B9 verkehrstechnisch günstige Lage waren sicher maßgeblich für die Errichtung eines Konzentrationslagers in dieser Stadt und bewogen den seit dem 13. März als Staatskommissar für das Polizeiwesen in Hessen zuständigen Best, das KZ-Lager in seine Regie zu übernehmen. Mit einer Durchführungsbestimmung der „Reichstagsbrandverordnung“ ordnete er zum 1. Mai 1933 die Errichtung eines Konzentrationslagers für den ganzen damaligen Volksstaat Hessen (Rhein Hessen, Starkenburg, Oberhessen) in Osthofen an. Alle aus politischen Gründen in Polizeihaft genommenen Personen, de-

ren Haftzeit bereits mindestens eine Woche dauerte oder dauern sollte, waren dorthin zu verbringen.

Noch Anfang April 1933 hatte Best sein Büro auf eine Anfrage der sozialdemokratischen „Mainzer Volkszeitung“ die Existenz eines Konzentrationslagers in Osthofen öffentlich dementieren lassen. Doch schon einige Tage später, am 20. April, wies er die von ihm neu geschaffene „Zentralpolizeistelle“, die aus der allgemeinen Polizei herausgelöste, personell und hinsichtlich ihrer Befugnisse ausgeweitete und verselbstständigte Politische Polizei Hessens, sowie alle Kreisämter an, nach einem festgelegten Schlüssel insgesamt 100 Häftlinge nach Osthofen einzuliefern. Ausdrücklich sollten bei dieser Aktion Arbeiter und keinesfalls Funktionäre verhaftet werden, denn schon wenige Tage später sollten sie wieder frei gelassen werden. Am 1. Mai 1933, dem von den Nazis reichsweit propagandistisch inszenierten „Tag der nationalen Arbeit und Versöhnung“, feierte die gleichgeschaltete regionale hessische Presse die Freilassung von 115 Häftlingen aus dem Konzentrationslager Osthofen als „besondere Überraschung“. Am Tag darauf wurden im Zuge der Zerschlagung der Gewerkschaften etliche Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet und nach Osthofen transportiert, darunter befanden sich auch einige der zuvor Entlassenen.

Wormser Häftlinge, Kommunisten und Sozialdemokraten, unter scharfer Bewachung teils uniformierter SA-Männer, Hilfspolizisten und regulärer Polizeibeamter auf dem Weg in das Konzentrationslager Osthofen
Studienkreis Deutscher Widerstand, Frankfurt am Main, NL Karl Schreiber



Die Berichterstattung der Presse

Bereits in ihrer Wochenendausgabe am 22./23. April 1933 hatte die nationalsozialistische „Niersteiner Warte“ in einem ganzseitigen gut bebilderten Artikel unter der Überschrift „Erziehungs- und Besserungsanstalt in Osthofen“ ausführlich, wenn auch stark beschönigend, über das Konzentrationslager berichtet. Anfang Mai besichtigten Pressevertreter auf Einladung der hessischen Staatspressestelle das KZ Osthofen. In den darauffolgenden Tagen konnte die Bevölkerung in allen Teilen Hessens und darüber hinaus die offizielle Version über Sinn und Zweck dieses Lagers und über die darin herrschenden Zustände lesen. Tagtäglich folgten Pressemeldungen über durchgeführte Razzien, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Abtransporte nach Osthofen. Auch für alle Bahnreisenden wurde die Existenz des Lagers durch die in riesigen Lettern am Gebäude angebrachte Inschrift „Konzentrationslager Osthofen“ gut sichtbar gemacht. „In Osthofen ist noch viel Platz“ wurde zum geflügelten Wort. Selbst in seiner Büttenrede zur Mainzer Fastnacht warnte Seppel Glückert, Vorsitzender des Mainzer Carneval-Vereins (MCV), am 18. November 1933 vor der



Dr. Carlo Mierendorff
Archiv der sozialen
Demokratie, F 87 0104

„Wormser Gegend“. Die Existenz dieses frühen Lagers wurde also keineswegs geheim gehalten, im Gegenteil: durch die gezielten warnenden und zugleich verharmlosenden Informationen sollte die Bevölkerung zu einem Zeitpunkt, als die NS-Diktatur noch keinesfalls gefestigt war, an jeglichem Widerstand gehindert werden. Im Ausland reagierte man bestürzt auf die Errichtung der Konzentrationslager und Berichte über Misshandlungen jüdischer Menschen und politisch Andersdenkender. Worms fand als Ort besonderen Terrors auch in der internationalen

Pressebesuch im Mai 1933. Von links nach rechts: Dr. Werner Best, Polizeidirektor Heinrich Maria Jost, Lagerleiter Karl d'Angelo Niersteiner Warte vom 6. Mai 1933



Presse Erwähnung. Ebenso erwähnt wurde Osthofen im „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror“, das im August 1933 in Basel erschien. Weder die Misshandlung des SPD-Reichstagsabgeordneten Dr. Carlo Mierendorff im KZ Osthofen, noch die Folterungen des jungen Kommunisten Sigmund Resch bei seiner Verhaftung durch die Wormser SS, blieben im Ausland verborgen. Die über die ausländischen Botschaften eingereichten Protestnoten führten im Falle des Wormser Juden Resch wegen seiner polnischen Staatsbürgerschaft zur Freilassung. In anderen Fällen, wie bei Mierendorff, wurden die Proteste von der Deutschen Botschaft zurückgewiesen.

Die Häftlinge

Entsprechend der „Reichstagsbrandverordnung“ und der als Durchführungsverordnung erlassenen Bestimmungen zur Umsetzung der „Schutzhaft“ waren die Anhänger und Funktio-

Auch die New York Times berichtete über Inhaftierungen von Juden im KZ Osthofen
New York Times vom 1. September 1933

Diese Außenaufnahme des Konzentrationslagers konnte als Ansichtskarte im Lager erworben werden.

JEW S HELD IN WORMS.

Accused of Approaching German Girls in 'Offensive Manner.'

Wireless to THE NEW YORK TIMES.

WORMS, Germany, Aug. 31.— Jewish men charged with having endeavored in "an offensive manner" to approach German girls were interned in the concentration camp at Osthofen today.

Seven other citizens of Worms were also sent to the camp, accused of endeavoring to cast ridicule on the new Germany and its rulers.

Germany's new civilization is perhaps best illustrated by a quotation from the Hessische Volkswacht of Kassel. It says:

"A Jew, Walther Lieberg, maintained relations with a Christian girl. The girl's mother did nothing to terminate these relations, but suffered them. The Christian girl took the ground that the new government could not interfere with her private life.

"To enlighten these people and bring home to them the heinousness of their conduct, a detachment of Hitler guards paraded the Jew, his sweetheart and her mother through the streets of Kassel."

The New York Times



näre der offiziell zwar nicht verbotenen, aber in ihren Strukturen zerschlagenen KPD in besonders hohem Ausmaß von Massenverhaftungen betroffen. So ist auch die Mehrzahl der Häftlinge in Osthofen diesem politischen Spektrum zuzurechnen. Von Verfolgung und Inhaftierung stark betroffen waren aber auch regional bekannte Persönlichkeiten anderer Linksparteien, allen voran der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften, des seit März 1933 verbotenen Reichsbanners Schwarz Rot Gold und der Eisernen Front. Im Juni 1933 wurde beispielsweise auch der bereits erwähnte Pressesprecher des vormaligen hessischen Innenministers Wilhelm Leuschner, Mitglied des Reichstags und einer der entschiedensten Gegner der Nazis, Carlo Miendorff, in Osthofen eingeliefert.

Offiziell galt das Konzentrationslager Osthofen zwar als nicht geeignet für die Unterbringung von Frauen, dafür sollte eine besondere Abteilung im Landgerichtsgefängnis in Mainz eingerichtet werden, dennoch waren auch einige Frauen für wenige Tage im KZ Osthofen inhaftiert.

Von den schätzungsweise 3000 „Schutzhäftlingen“ in Osthofen sind der Gedenkstätte bislang

Ein Wachmann des KZ Osthofen fotografierte im Mai 1933 Häftlinge vor dem Wohnhaus des Hausmeisters der stillgelegten Papierfabrik, das sich auf dem Gelände des Konzentrationslagers befand. Die Familie (links im Bild) lebte auch zur KZ-Zeit in dem Haus.

1860 Namen und weitere biographische Einzelheiten bekannt. Darunter befanden sich nachweislich 146 Juden. Besonders in den Anfangsmonaten waren viele von ihnen aus politischen Gründen verhaftet worden. Sie gehörten meist der SPD oder der KPD an. Ende August 1933 ließ Best, nunmehr in der Position des Landespolizeipräsidenten in Hessen, unter der Überschrift „Warnung an die Juden“ öffentlich bekannt machen, dass Juden vermehrt in Polizehaft zu nehmen und nach Osthofen zu bringen seien. Sie begannen „die gebotene Zurückhaltung“ außer acht zu lassen, indem sie sich „deutschen Mädchen (...) nähern“. Die aus der Luft gegriffenen Beschuldigungen und stereotypen Begründungen waren eindeutig rassistisch und nicht mehr durch die offizielle Anordnung, die lediglich politische Gründe für die Verhängung der „Schutzhaft“ vorsah, gedeckt.

Nach der Selbstauflösung des Zentrums als letzte der demokratischen Parteien im Juli 1933 wurden auch frühere Anhänger oder Mitglieder der katholischen Zentrumspartei verhaftet und in das KZ Osthofen eingeliefert. Von Verfolgung betroffen waren nun, nachdem die erste Verhaftungswelle abgeebbt war, auch andere Personen. Eine von der Forschung bisher überhaupt noch nicht berücksichtigte Häftlingsgruppe waren die Separatisten. Mindestens 58 Männer wurden nach Osthofen eingeliefert, weil sie sich 1923 tatsächlich oder angeblich für eine unabhängige „Rheinische Republik“ eingesetzt





*Der vormalige
Wormser
Polizeipräsident
Heinrich
Maschmeyer,
Aufnahme aus
dem Jahre 1930*
Landesarchiv Speyer,
H 80, Nr. 1018

hatten. Zu „Schutzhaft“ und Einweisung in das KZ Osthofen kam es auch wegen „Landstreicherei“, „Betteln“ oder „Wilderei“. Auch rechtsgerichtete nationalistisch eingestellte Männer bzw. abtrünnige Nationalsozialisten lassen sich ab Sommer 1933 unter den Häftlingen nachweisen. Dies betraf ein Mitglied der Schwarzen Front, fünf Angehörige des Stahlhelms, drei Mitglieder der SA und sieben Mitglieder der NSDAP. Die Gründe für ihre Inhaftierung waren sehr vielfältig, jedoch ist über diese besondere Gruppe unter den Insassen der frühen KZ wenig bekannt. Zwei von ihnen galten im Lager als Gestapo-Spitzel, Mithäftlinge warnten Neuankommlinge ihnen gegenüber zur Vorsicht.

Die durchschnittliche Haftzeit in Osthofen betrug etwa drei Wochen, wobei einige Häftlinge deutlich länger eingesperrt blieben, in Einzelfällen bis zu einem Jahr.

Misshandelt und gedemütigt

Die leerstehende Fabrikanlage war für die Unterbringung von durchschnittlich 200 bis 300 Menschen nur unzureichend vorbereitet worden. Es gab weder Toiletten noch Waschräume. Zum Waschen dienten drei Wasserhähne im Freien, aus denen kaltes Wasser floss, dazu etwas Sand und ab und zu ein Klecks Schmierseife. Unter den unhygienischen Zuständen, dem ständigen Hunger und der Kälte litten die Häftlinge ganz besonders. Anfangs schliefen sie in der ehemaligen Fabrikhalle auf nacktem, nur mit etwas Stroh bedecktem Betonboden, später durften sie sich doppelstöckige Pritschen sowie Tische und Bänke schreineren. Als es kälter wurde, bekamen sie zu ihrem Strohsack

noch eine Decke. Im Herbst mauerten sie sich Kamine für kleine Öfen, die mit Holz befeuert wurden, wirklich warm wurde es in der zugigen und nasskalten Halle jedoch nie. Viele Häftlinge erkrankten an Nieren- und Blasenleiden, die zum Teil lebenslang anhielten. Etwas besser hatten es diejenigen Häftlinge, die in einem Raum im Obergeschoss des Hauptgebäudes untergebracht waren. Schon im Sommer 1933 wurde dieser Teil des Konzentrationslagers aber für die Häftlinge geschlossen.

Trotz der miserablen Haftbedingungen kam in Osthofen kein Häftling ums Leben. Terror und Missachtung jeglicher Menschenwürde, Prügel, Fußtritte, Essensentzug und sogar Scheinerschießungen beherrschten jedoch den Lageralltag der Häftlinge. Unter Misshandlungen und Demütigungen hatten besonders die Juden, aber auch Intellektuelle und als „Bonzen“ diffamierte frühere Staatsbeamte zu leiden. So wurde der frühere Wormser Polizeipräsident Heinrich Maschmeyer dem Gespött der Bevölkerung preisgegeben, indem er auf der Straße vor dem Lager sitzend Kaffee mahlen musste. Der fast zwei Meter große ehemalige Wormser Polizeihauptkommissar Wilhelm Ruppert wurde dazu abkommandiert, mit einem Besen mit abgesägtem Stiel gebückt den Hof zu fegen. Carlo Mierendorff musste tagelang Nägel gerade klopfen, die seine Mithäftlinge eigens dafür krumm schlagen mussten. Ernst Katz aus Hungen wurde an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Fastentag, unter Prügel gezwungen Schweinefleisch zu essen. Andere, in der Mehrzahl jüdische Häftlinge, wurden beim Appell vom Lagerleiter beschimpft und beleidigt, danach mussten sie, nur mit Konservenbüchsen ausgestattet, in die stinkenden Latrinengruben hinabsteigen und die Fäkalien herausschöpfen. Als zusätzliche Strafe durfte an sie nach getaner Arbeit keine Seife zum Reinigen ihrer Kleidung oder ihres Körpers ausgegeben werden.

Die verschärfte Polizeihaft: Das Lager II

Mit Anordnung vom 7. August 1933 regelte Best die „verschärfte Polizeihaft“. Anträge waren mit Begründung unmittelbar an ihn zu richten. Beleidigungen Adolf Hitlers waren zum

Beispiel grundsätzlich mit verschärfter Haft zu ahnden. Auch in Wiederholungsfällen verhängte Best diese deutlich brutalere Form der Haft, für deren Vollzug in der Anfangszeit das seit 1932 geschlossene Amtsgerichtsgefängnis in Osthofen diente. Dort befanden sich von März bis September 1933 insgesamt 75 Häftlinge. Verpflegt wurden sie durch das in „Osthofen eingerichtete Sammellager“. Verschärfter Arrest wurde ab Anfang Juli 1933 auch auf dem Gelände der stillgelegten, in der Schwertstraße befindlichen, sogenannten "Holzmühle", manchmal auch nach dem früheren Besitzer als „Knierim'sche Mühle“ bezeichnet, vollzogen. Dafür waren in einer Lagerhalle Zellen eingerichtet worden. Andere Häftlinge mussten auf dem auch als Lager II bezeichneten Areal im Freien in einem umzäunten Käfig kampieren oder waren in einem feuchten Keller des Mühlenkomplexes, in dem das Wasser von den Wänden lief, eingepfercht. Besuche waren dort grundsätzlich nicht erlaubt und die zugerkalkten Fensterscheiben verhinderten jegliche Einblicke in das Lagerinnere. Nichts, was dort geschah, sollte nach außen dringen. Die dort Untergebrachten litten ständig Hunger. An sie wurde pro Tag abwechselnd ein halber Liter dünne Suppe oder Kaffee und eine kleine Brotration ausgegeben. An Sonntagen gab es manchmal zusätzlich einige Kartoffeln mit einer undefinierbaren Soße. Der 23-jährige Funktionär des Kommunistischen Jugendverbands Deutschlands (KJVD), Karl Schreiber aus Bickenbach, verließ das Lager II nach sechs Monaten Gefangenschaft mit einem Körpergewicht von nur noch 48 Kilogramm. Die schlimmsten überlieferten Schilderungen von Folter und Misshandlungen betreffen die Haft in der Holzmühle.

Arbeitseinsätze

Zuständig für die Arbeitseinteilung war der in Alsheim geborene Förster Otto Wilhelm Krebs. Bis zu seinem Eintritt in die SS 1932, aus der er später wieder ausgeschlossen wurde, hatte er der national-liberalen Deutschen Volkspartei angehört. Von ehemaligen Häftlingen wurden ihm keinerlei Schikanen oder gar Misshandlungen nachgesagt. Die Insassen wurden beim Morgenappell zur Arbeit eingeteilt. Im Frühjahr 1933 mussten sie zunächst das seit Jahren leerstehende Fabrikgebäude für die Nutzung als KZ notdürftig herrichten. Im August 1933 bekam ein Arbeitskommando den Auftrag, die Getreidehalle der erwähnten Holzmühle abzureißen und aus dem Mühlengebäude und weiteren Lagerhallen Fußbodendielen, eiserne Türen und Balken zu entfernen. Diese Arbeiten waren auf Grund der Bauauffälligkeit der zum Teil mehrstöckigen Gebäude für die Häftlinge lebensgefährlich. Anschließend transportierten sie das herausgerissene Baumaterial in das Hauptlager des Konzentrationslagers. Dort zimmerten andere Häftlinge aus dem Holz Tische, Pritschen und Bänke. Auch kleinere Arbeitsräume für Schuster und Schneider waren dort eingerichtet. Darüber hinaus kamen auch Schlosser und Schmiede zum Einsatz. Grundsätzlich mussten alle für die Aufrechterhaltung des KZ-Betriebs erforderlichen Arbeiten von den Häftlingen selbst erledigt werden. Dazu gehörten das Reinigen der Schlaf- und Aufenthaltsräume, die Zubereitung des Essens, das Anlegen von Wegen auf dem Gelände und das Sauberhalten des gesamten Außengeländes. Während all dieser Arbeiten demütigten und malträtierten Wacheleute die Häftlinge mit Schlägen, Fußtritten, Beschimpfungen und Beleidigungen. Als die Nächte im September deutlich kühler wurden, wurde eine Maurerkolonnie gebildet,

Das leerstehende Gebäude der „Holzmühle“ in Osthofen wurde 1933 und 1934 zeitweise als Lager II genutzt.

Stadtarchiv Osthofen



die Schornsteine für kleine Öfen bauen sollte, um die kalten Häftlingsunterkünfte notdürftig zu beheizen. Ein anderes Arbeitskommando schlug dafür Brennholz in einem kleinen Wald rechts des Rheins. Der ehrenamtliche Lagerleiter Karl d'Angelo bediente sich sogar persönlich der Arbeitskräfte der Häftlinge. Der Kupferschmied Willi Lempert aus Darmstadt-Arheilgen zum Beispiel musste für ihn eine kupferne Rauchtischplatte schmieden. Andere Häftlinge stellte er für Gartenarbeiten bei seiner Mutter oder für Arbeiten in seiner Druckerei ab. Im Vorfeld der Osterfeiertage 1933 zwang man In-sassen, unter Aufsicht eines Hilfspolizisten mit Eimer und Bürste in Osthofen die Wahlparolen der Arbeiterparteien aus vergangenen Wahlen zu entfernen. Ein Außenkommando musste in Worms Bauarbeiten am sogenannten „Braunen Haus“ ausführen. Häftlinge des KZ Osthofen wurden auch gezwungen, die Blutspuren der in Wormser Haftzellen gefolterten und misshandelten Menschen zu entfernen.

Häftlingssolidarität und Fluchten

Angesichts der willkürlichen Gewaltherrschaft der Wachmannschaft versuchten die Häftlinge sich soweit möglich gegenseitig zu helfen. So brachten sie heimlich Nahrungsmittel in das Lager II zu den dort Inhaftierten oder schmuggelten Briefe und Informationen nach draußen. Der Häftling Philipp Wahl, Vorarbeiter für Bauarbeiten, durfte Mitgefangene für das Außenkommando auswählen. Die dort eingesetzten Häftlinge profitierten von einer besseren Verpflegung und konnten sich der ständigen Kontrolle im Lager entziehen. Einem jüdischen Häftling gelang dadurch sogar die Flucht.



Mitgliedsausweis der Internationalen Brigade von Willy Vogel
Hermann Morweiser, Ludwigshafen

Auch der Wormser Kreisvorsitzende der KPD, Wilhelm (Willy) Vogel, konnte aus dem KZ Osthofen fliehen und erreichte am 30. April 1933 das damals noch sichere Saargebiet. Hier war er bis zur Saarabstimmung 1935 für die Bezirksleitung der KPD politisch tätig: Er hielt Versammlungen ab, verteilte Flugschriften und betreute aus Deutschland ins Exil Geflüchtete. Nach dem Anschluss des Saargebietes an Deutschland setzte er seinen antinazistischen Kampf von Paris aus fort. Im Oktober 1936 schloss er sich im Spanischen Bürgerkrieg den Internationalen Brigaden an. Nach der Niederlage der Volksfront floh Vogel wiederum nach Frankreich und wurde mehrmals interniert. Nach Kriegsende kehrte er in seine Heimatstadt zurück und wurde Ankläger der Spruchkammer des Kreises Worms.

Die Flucht des Mainzer Juden Max Tschornicki sorgte im Konzentrationslager für erheblichen Aufruhr unter den Wachleuten und führte zu deutlich verschärften Sicherheitsvorkehrungen. Der politisch unerschrockene sozialdemokratische Jurist war den hessischen Nationalsozialisten schon lange vor 1933 ein Dorn im Auge gewesen. In unzähligen politischen Prozessen hatte er Angehörige der Linksparteien coura-



Schuhmacherei im Konzentrationslager Osthofen
Frankfurter Zeitung vom 23./24. April 1933

giert verteidigt und Verbrechen der Nazis zur Anklage gebracht. Seine Flucht führte ihn über Steinweiler in der Pfalz, wo er sich zunächst versteckt hielt, und das Saargebiet nach Südfrankreich. Dort lebte er unter falscher Identität als französischer Jude. Als die Gestapo auch im Süden Frankreichs Jagd auf Exilanten machte, wurde er ergriffen und im August 1944 von Lyon nach Auschwitz deportiert. Nach Zwangsarbeit in mehreren Konzentrationslagern und Todesmärschen durch halb Europa starb er krank und völlig erschöpft kurz vor Kriegsende im April 1945 in einem Außenlager des KZ Dachau.

Täter

Verwaltet wurde das KZ Osthofen bis zum Herbst 1933 durch das Polizeiamt Worms. Verwaltungsführer war von Anfang an der 1900 in Worms geborene Heinrich (Heinz) Ritzheimer. Er war 1931 der NSDAP und der SS beigetreten und galt bei seinen Vorgesetzten als „sehr zuverlässiger, ehrlicher und strebsamer Führer“. 1934 wurde er zum SS-Sturmführer befördert. Während seiner gesamten Laufbahn kamen aber immer wieder Zweifel an seiner positiven Beurteilung auf. Im Juni 1934 wurde er mit der Auflösung des KZ Osthofen beauftragt. Er erhielt, wie alle ehemaligen SS-Wachleute des KZ, die keine anderen Einkünfte hatten, bis einschließlich März 1935 eine Aufwandsentschädigung von 100 RM monatlich. Ritzheimer trat jedoch zum 1. September 1934 bei der 33. SS-Standarte in Mainz eine bezahlte Stelle an, ohne dies der hessischen Landesregierung zu melden und bezog weiterhin die Aufwandsentschädigung als Angehöriger des Sonderkommandos Osthofen. Auf die von Reichsstatthalter Sprenger daraufhin geforderte Rückzahlung wurde in Hinblick auf „die bedrängte Lage Ritzheimers“ verzichtet. Im August 1935 trat Ritzheimer in die SS-Totenkopfstandarte ein und wurde im Range eines Untersturmführers zum 2. Verwaltungsführer des KZ Dachau ernannt.

Als ehrenamtlicher Lagerleiter fungierte von Beginn an der Osthofener Sturmbannführer Karl d'Angelo. Am 9. September 1890 als Sohn eines Buchdruckers in Osthofen geboren, war

er politisch erstmals 1919 in Erscheinung getreten, als er gegen die französische Besatzung demonstriert hatte. Seit 1925 Mitglied der NSDAP, zählte er zu den eifrigsten Aktivisten vor Ort. Zeitweise war er Vorsitzender der am 21. April 1926 gegründeten NSDAP-Ortsgruppe. 1932 zog er für die NSDAP in den hessischen Landtag ein. Ihm selbst wurden von Zeitzeugen keine Misshandlungen von Häftlingen nachgesagt – einige der ehemaligen Häftlinge bescheinigten ihm sogar, sich ihnen gegenüber „anständig“ verhalten zu haben. Als Lagerleiter trug er aber die Verantwortung für die hygienisch unhaltbaren Zustände im Lager, die schlechte Versorgung der Häftlinge mit Nahrungsmitteln und die vielfach belegten brutalen Übergriffe durch besonders verrohte SS-Männer. Er demütigte auch persönlich jüdische Häftlinge und befahl sie zum Strafrapport in die Latrinen. 1934, nach Auflösung des KZ-Lagers, wurde er als Führer der Schutzhaftabteilung in das KZ Dachau versetzt. Schon etwa ein Jahr später beurlaubte Lagerkommandant Theodor Eicke ihn dort mit der Begründung, er sei „nicht nur butterweich, sondern auch völlig ohne Interesse für diesen Dienstzweig“. Wegen früherer Verdienste sah die SS aber von einem internen Verfahren ab. In den kommenden Jahren besetzte Karl d'Angelo verschiedene Positionen im höheren Polizeidienst, zuletzt in

Bewaffnete SS- Wachmänner vor dem Gebäude des Konzentrationslagers Osthofen, Februar 1934
Landesarchiv Speyer, H 80, 1544



Heilbronn. Er kam nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ bei dem Versuch ums Leben, mit dem Motorrad in seine rheinhessische Heimat zurückzukehren. Seine Leiche wurde im Mai 1945 aus dem Rhein geborgen.

Der SS-Sturmbarndarzt Dr. Reinhold Daum, wie Best und d'Angelo von 1931 bis 1933 für die NS-DAP im hessischen Landtag, war im KZ Osthofen für die ärztliche Versorgung der Häftlinge zuständig. Für jeden kranken Häftling auf seinem „Krankenrevier“ durfte er 50 Pfennige pro Tag abrechnen. Von einer angemessenen ärztlichen Versorgung konnte jedoch nicht die Rede sein. Der Wormser Sportreporter Richard Kim schilderte 1946 in der Wormser Ausgabe des „Neuen Mainzer Anzeigers“ ausführlich die Qualen eines Mithäftlings, der trotz einer akuten schmerzhaften Nierenerkrankung vom anwesenden Dr. Daum nicht behandelt wurde. Zu den Haupttätigkeiten des Arztes zählte das Unterzeichnen vorgefertigter Formulare, die bei Ankunft und Entlassung der Häftlinge auszufüllen waren. Den ankommenden Häftlingen bescheinigte er trotz unübersehbarer Spuren stattgefundener Misshandlungen, sie seien „gesund und haftfähig“, bei der Entlassung hieß es dann, sie seien „gesund und arbeitsfähig“.

Durch umfangreiche Recherchen konnten Hinweise und Informationen zu 72 SS- oder SA-Wachmännern des KZ Osthofen ermittelt werden. Anfänglich kommandierte der Worm-

ser Polizeipräsident Jost von Best vereidigte Hilfspolizisten aus Worms und Umgebung zum Wachdienst nach Osthofen ab. Einige von ihnen waren als besonders brutal, roh und unmenschlich gegenüber den ihnen hilflos ausgelieferten Häftlingen verschrien. Keiner der Männer wurde jedoch nach 1945 für seine Taten gerichtlich belangt.

Im Zuge der machtpolitischen Auseinandersetzungen in Hessen wurden vom hessischen Gauleiter und Reichstatthalter Sprenger im Herbst 1933 der amtierende Ministerpräsident Ferdinand Werner, der noch im Sommer zum Landespolizeipräsidenten ernannte Werner Best sowie fast die ganze Polizeiführung entlassen. Das Amt des Polizeipräsidenten wurde nicht mehr besetzt. Die einsetzenden Umstrukturierungen wirkten sich auch auf die Verwaltung des Konzentrationslagers in Osthofen aus: Alle SA-Wachmänner wurden vom Wachdienst abgezogen. Für sie kamen SS-Männer aus den Sonder- und Wachkommandos Offenbach und Darmstadt zum Einsatz. Ehemalige Häftlinge brachten diese SS-Männer besonders häufig mit brutalen Übergriffen in Verbindung. Die Verwaltung des Konzentrationslagers wurde nun dem Leiter des hessischen Personalamtes Darmstadt, Otto Löwer, einem engen Vertrauten Sprengers, unterstellt.

Nach Auflösung des KZ Osthofen im Sommer 1934 wurden etliche der vor 1933 häufig beruflich erfolglosen Wachmänner entweder in die hessischen Sonder- und Wachkommandos übernommen oder sie fanden Verwendung im Wachdienst anderer Konzentrationslager, soweit sie nicht anderweitig ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten. Als im April 1935 nahezu alle hessischen Sonderkommandos aufgelöst wurden, bemühte sich das Innenministerium intensiv darum, diese in ihrem Sinne bewährten Männer als Beamte im Polizeidienst unterzubringen. Durch zahlreiche Dienstenthebungen aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ waren Stellen freigeworden, die nun mit Nationalsozialisten besetzt wurden. Viele der aus politischen oder rassistischen Gründen suspendierten Beamten hatten



nicht nur ihre Stellen und teilweise auch ihre Pensionsansprüche verloren, sondern waren als Häftlinge im KZ Osthofen im besonderen Maße der Willkür ihrer Peiniger ausgesetzt. Ihre Bewacher jedoch konnten weitere Karriereschritte im NS-Staat machen.

Das Ende des KZ Osthofen

Am 20. Dezember 1933 ernannte Reichsstatthalter Sprenger den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, zum Kommandeur der Politischen Polizei in Hessen. Damit war auch im Volksstaat Hessen die Entmachtung der Landespolizei erfolgt; Himmler und sein Stellvertreter Reinhard Heydrich hatten die Kontrolle über die Politische Polizei erlangt. Einer der wichtigsten Mitarbeiter Himmlers und Heydrichs war der seit Herbst 1933 vom Polizeidienst im Volksstaat Hessen suspendierte Werner Best.

Am 28. Februar 1934 teilte die Ministerialabteilung Ia (Polizei) den Kreisämtern mit, dass ab sofort das hessische Staatspolizeiamt für Einweisungen nach Osthofen zuständig sei. Am 28. März 1934 endete dann auch die Zuständigkeit der Kreisämter für die Verhängung der „Schutzhaft“, dieses Terrorinstrument lag nun ausschließlich in den Händen des Staatsministers Philipp Wilhelm Jung und des Staatspolizeiamtes Darmstadt, 1936 umbenannt in Geheime Staatspolizei, Staatspolizeiamt Darmstadt.

Anfang Juli 1934 wurde das Konzentrationslager Osthofen endgültig geschlossen. Die Schließung stand im Zusammenhang mit der Umorganisation der frühen Lager durch Himmler. Dieser ernannte am 4. Juli 1934 Theodor Eicke zum „Inspekteur der Konzentrationslager“ und ordnete ihm organisatorisch alle Lager zu. Eicke begann sogleich mit deren systematischen Umstrukturierung. Die meisten frühen Haftstätten wurden geschlossen, die übrigen nach dem Vorbild Dachaus mit einheitlichen

Verwaltungsstrukturen und Strafbestimmungen ausgestattet. Für die aus den frühen Haftstätten und Konzentrationslagern entlassenen Gefangenen markierte dieser Zeitpunkt jedoch keineswegs das Ende von Verfolgung und Leiden. Im Gegenteil: Viele waren nach der Entlassung arbeitslos, ihnen wurde der Zugang zu Arbeitsplätzen durch den NS-Staat gezielt verweigert und sie konnten nur mit Mühe den Unterhalt für sich und ihre Familien bestreiten. Bis 1937 überwachte die Gestapo regelmäßig alle ehemaligen Häftlinge und traktierte diese mit Hausdurchsuchungen und Verhören. Für viele Häftlinge war Osthofen erst der Beginn eines Leidensweges durch verschiedene Konzentrationslager, der für einige von ihnen mit dem Tod endete. Andere litten ihr Leben lang an den Folgen der Haft. Von den jüdischen Häftlingen wurden die meisten deportiert und ermordet oder zur Flucht ins Exil gezwungen.

Der Roman „Das siebte Kreuz“ und das KZ Osthofen

Die Mainzer Schriftstellerin Anna Seghers hat in ihrem im Jahre 1942 in den USA erstveröffentlichten Roman „The Seventh Cross“ den Häftlingen in Osthofen literarisch ein Denkmal gesetzt. Als Netty Reiling wurde sie am 19. November 1900 als Tochter des angesehenen jüdischen Kunst- und Antiquitätenhändlers Isidor

Titelholzschnitt des Mexikaners Leopodo Méndez für die erste deutschsprachige Ausgabe des Romans „Das siebte Kreuz“ von Anna Seghers im Verlag El Libro Libre, Mexiko 1942

Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin



Reiling und dessen Frau Hedwig geboren. Nach kurzer Gestapohaft ging sie 1933 nach Paris ins Exil. Dort entstand ihr weltberühmter Roman „Das siebte Kreuz“. Darin erzählt sie von der Flucht von sieben Häftlingen aus einem fiktiven Konzentrationslager Westhofen. Die Flucht ist im Jahr 1937 angesiedelt, zu einer Zeit, als das reale Konzentrationslager im Nachbarort Osthofen bereits seit drei Jahren geschlossen war. Anders als im Roman dargestellt, hat es im KZ Osthofen auch keine Todesfälle gegeben. Wirklichkeitsnah hingegen schildert Anna Seghers, wie in Rheinhessen mit der politischen Opposition umgegangen wurde. Aus eigener Erfahrung beschreibt sie die unterschiedlichen Reaktionen der einheimischen Bevölkerung auf die Anfänge des Nationalsozialismus, dessen Ideologie und frühen Terrormaßnahmen.

Anna Seghers kehrte 1947 nach Deutschland zurück, wo sie für „Das siebte Kreuz“ mit dem Büchner-Preis ausgezeichnet wurde. 1950 folgte der Umzug nach Ost-Berlin. Dort starb sie am 1. Juni 1983.

Konzentrationslager – Möbelfabrik – Gedenkstätte

Nach Schließung des Konzentrationslagers 1934 stand der Fabrikkomplex zunächst leer. Durch Zwangsversteigerung erwarben im Oktober 1936 die Eheleute Bühner Gebäude

und Gelände der ehemaligen Papierfabrik, um dorthin ihre bestehende Möbelfabrik umzusiedeln. Die Möbelfabrik „Hildebrand & Bühner G.m.b.H“ befasste sich mit der serienmäßigen Herstellung von Wohnzimmerschränken. Von 1942 bis 1945 waren dort auch Zwangsarbeiter beschäftigt, von denen sechzehn aus Belgien, Frankreich und Polen namentlich bekannt sind.

1976 ging die Firma Hildebrand & Bühner in Konkurs, das Gelände und die Gebäude wurden vermietet und u. a. von einer Plastic-Recyclingfirma genutzt. Die Bausubstanz verfiel immer mehr und das ehemalige Lagergelände wurde teilweise durch andere Nutzungen überformt. Die Geschichte des Ortes als Konzentrationslager war verdrängt und vergessen. Die ersten, die sich für die Erinnerung an das Lager und die dort Inhaftierten einsetzten, waren die ehemaligen Häftlinge selbst. 1972 gründeten sie unter Leitung von Karl Schreiber aus Bickenbach und mit Beteiligung der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten“ (VNN/BdA) eine Lagergemeinschaft. Sie initiierten Gedenkfeiern vor Ort und erreichten, dass 1978 eine Gedenktafel an der Außenmauer des Geländes angebracht werden durfte. 1979 erschien eine erste Publikation über das KZ Osthofen, herausgegeben vom ehemaligen Buchenwald-Häftling Paul Grünewald. Anfang der achtziger Jahre kamen weitere unterstützende Organisationen, etliche Pfarrer und Privatpersonen hinzu. Die DGB-Jugend veranstaltete in den 1980er Jahren drei Friedensfahrten nach

*Möbelfabrik Hildebrand und Bühner,
Foto aus den 1950er Jahren*
Privat





Karl Schreiber, ehemaliger Häftling und langjähriger Vorsitzender der Lagergemeinschaft, mit der 1978 an der Außenmauer angebrachten Gedenktafel

Osthofen, der BUND beantragte, das Gebäude unter Denkmalschutz zu stellen. Nur mit erheblichen Anstrengungen gelang es, den Schutt auf dem Gelände wegzuräumen und die Geschichte sichtbar zu machen.

1986 wurde unter Federführung des Christlichen Friedensdienstes gemeinsam mit dem DGB Rheinland-Pfalz, der Lagergemeinschaft ehemaliger Insassen und der VVN/BdA Rheinland-Pfalz der „Förderverein Projekt Osthofen“ gegründet, der die Idee einer Gedenkstätte weiter vorantrieb. 1988 konnten erste Räume im Hauptgebäude angemietet und kontinuierlich pädagogische Arbeit geleistet werden. Außerdem brachte der Förderverein die Geschichte des ehemaligen Konzentrationslagers Osthofen durch

verschiedene Veranstaltungen wie Konzerte, Vorträge, Lesungen und Kunstaktionen immer mehr ins Licht der Öffentlichkeit.

1989 wurde das Gebäude schließlich unter Denkmalschutz gestellt. 1991 erwarb das Land Rheinland-Pfalz die Liegenschaft mit dem Ziel, dort eine Gedenkstätte einzurichten. Mit der inhaltlichen Arbeit beauftragte die Landesregierung die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, die in Kooperation mit dem Förderverein die Gedenkstätte in den folgenden Jahren ausbaute. 1996 wurde eine vorläufige Dauerausstellung in ersten renovierten Räumen eröffnet.

Seit 2002 haben das Referat „Gedenkarbeit“ und das NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz der Landeszentrale für politische Bildung ihren Sitz in der Gedenkstätte. Mit der Eröffnung der Dauerausstellung „Verfolgung und Widerstand in Rheinland-Pfalz 1933-1945“ im Mai 2004 war der Ausbau der Gedenkstätte KZ Osthofen beendet.

Die Dauerausstellung „Verfolgung und Widerstand in Rheinland-Pfalz 1933-1945“

Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen das KZ Osthofen sowie das SS-Sonderlager/KZ Hinzert, das von 1939 bis 1945 25 Kilometer von Trier entfernt bestand. Darüber hinaus werden Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von Juden, Sinti, Roma, kranken und behinderten Menschen sowie der gegen den NS-Terror gerichtete Widerstand in einer eigenen Abteilung behandelt. Die Ausstellung bietet zahlreiche biographische und geographisch-regionale Elemente. Eine wichtige Rolle spielen dabei die gesammelten Überlieferungen der Verfolgten, ihre persönlichen Lebensgeschichten, Fotos und Dokumente. Anhand exemplarischer Biographien wird der gnadenlose NS-Terror anschaulich vor Augen geführt, aber auch Karrieren von Tätern aus der Region werden durch Kurzbiographien vorgestellt.

Ein Raum ist dem Roman „Das siebte Kreuz“ von Anna Seghers und der Biographie der Auto-

rin gewidmet. In einem speziellen Kartenraum können interaktive Karten zur NS-Geschichte in unserer Region, zum KZ-System und zu den Lagern in Osthofen und Hinzert sowie weitere Informationen abgerufen werden.

Sammlung – Forschung – Vermittlung: Arbeitsmöglichkeiten in der Gedenkstätte KZ Osthofen

Das NS-Dokumentationszentrum in der Gedenkstätte KZ Osthofen ist ein Ort des Gedenkens, der Dokumentation und Erforschung sowie der pädagogischen Vermittlung der NS-Zeit im Land Rheinland-Pfalz. Diese Funktionen beeinflussen sich wechselseitig. Die Dokumentation zur NS-Zeit in Rheinland-Pfalz beschränkt sich nicht auf die beiden Konzentrationslager Osthofen und Hinzert, sondern hat auch andere Regionen des Landes im Blick und widmet sich Themen, die unabhängig vom KZ-System für die Regionalgeschichte zur NS-Zeit sowie ihre Nachgeschichte von Bedeutung sind.

Da die Aktenüberlieferung zu den Konzentrationslagern Osthofen und Hinzert weitgehend



Blick in die Dauerausstellung
Foto: Rudolf J. Uhrig, Osthofen

Marsch u.a. der DGB-Jugend und der Lagergemeinschaft ehemaliger Insassen des KZ Osthofen durch Osthofen, Mai 1977



zerstört ist und die überlieferten Fragmente auf unterschiedliche in- und ausländische Archive verstreut sind, ist das Zusammentragen von Quellen und Informationen zur Geschichte der beiden Lager und den dort Inhaftierten eine der Hauptaufgaben im Dokumentationsbereich. Seit 1996 werden Kopien aus verschiedenen Archiven, Fotos, Zeitzeugenberichte, zeitgenössische Zeitungsartikel und andere Quellen systematisch gesammelt, ausgewertet und archiviert.

Darüber hinaus sammelt das NS-Dokumentationszentrum private Fotos, persönliche Schrift- und Erinnerungsstücke, Briefe, Zeitzeugenberichte und Nachlässe mit Bezug zur NS-Zeit im Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz.

Alle Bestände sind in Datenbanken recherchierbar und können nach Voranmeldung im Lesesaal eingesehen werden. Ebenfalls genutzt werden kann dort eine Bibliothek mit einschlägigen Publikationen zu verschiedenen Aspekten des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz.

Eine der wichtigsten Aufgaben des NS-Dokumentationszentrums ist es darüber hinaus, regionale Forschungen zur NS-Zeit in unserem Bundesland anzuregen, zu koordinieren und

durch die Bereitstellung vielfältiger Materialien zu unterstützen. Das NS-Dokumentationszentrum hat damit eine Servicefunktion vor allem für Schulen und Universitäten, aber auch für die lokale und regionale NS-Forschung.

Die pädagogische Arbeit in der Gedenkstätte

Das Lernen an einem „authentischen Ort“ ist für viele Jugendliche eine wichtige Erfahrung. Die Gedenkstätte KZ Osthofen bietet dazu verschiedene Möglichkeiten: Bei einem geführten Rundgang (Dauer 3-3,5 Stunden) wird die Geschichte des KZ Osthofen mit einem mediengestützten Informationsgespräch, einer Führung über das Gelände und einem Rundgang durch die Dauerausstellung erläutert. Zur Vertiefung werden methodisch und inhaltlich unterschiedliche Projekttagge angeboten, die entdeckendes Lernen ermöglichen und helfen sollen, Einsichten in Strukturen des Nationalsozialismus und der handelnden Personen zu gewinnen. Damit wird eine intensive Auseinandersetzung mit den komplexen Themen auch in Hinblick auf Fragen der Gegenwart und Zukunft angeregt. Für die pädagogische Arbeit stehen vier Seminarräume mit entsprechender Tagungstechnik zur Verfügung.

Enkelin, Urenkelin und Ururenkelin des ehemaligen Häftlings Moritz Marx aus Flonheim forschen im NS-Dokumentationszentrum zu dessen Schicksal.



Auch für Einzelbesuche bietet die Gedenkstätte die Möglichkeit, sich in die Geschichte des KZ Osthofen zu vertiefen: mit Audioguides in deutscher und englischer Sprache können sich Interessierte auf dem Gelände über die Geschehnisse und die Bedeutung der einzelnen Orte für die Geschichte des Lagers informieren. Die Dauerausstellung wird ergänzt durch zeitlich begrenzte Wechselausstellungen zu verschiedenen Aspekten der NS-Zeit oder gegenwartsbezogenen Themen mit entsprechenden Begleitprogrammen.

Text: Angelika Arenz-Morch, Martina Ruppert-Kelly, unter redaktioneller Mitarbeit von Ramona Dehoff und Ulrike Holdt, 2. überarb. und erw. Aufl., Osthofen 2019

Verantwortlich: Bernhard Kukatzki, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz

Herausgeber: NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz, Gedenkstätte KZ Osthofen

Abbildungsnachweis: Die Bildrechte der abgebildeten Fotos liegen, soweit nicht anders vermerkt, beim NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz

Schülerinnen in der Dauerausstellung



Praktische Hinweise

Anschrift:

NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz /
Gedenkstätte KZ Osthofen
Ziegelhüttenweg 38
67574 Osthofen
Tel.: 06242-910810
Fax: 06242-910820
E-Mail: info@ns-dokuzentrum-rlp.de
Internet: www.gedenkstaette-osthofen-rlp.de
www.ns-dokuzentrum-rlp.de

Förderverein Projekt Osthofen e.V.

Ziegelhüttenweg 38
67574 Osthofen
Tel.: 06242-910825
Fax: 06242-910829

E-Mail: info@projektosthofen-gedenkstaette.de
Internet: www.projektosthofen-gedenkstaette.de

**Führungen von Gruppen und Schulklassen
nur nach Voranmeldung.**

Öffentliche Führungen: Jeden 1. Sonntag im Monat, 14.00 Uhr; Treffpunkt im Foyer der Gedenkstätte (Voranmeldung für Einzelpersonen nicht erforderlich)

**Weiterführende Literatur/Materialien
(Auswahl):**

Arenz-Morch, Angelika: Das KZ Osthofen 1933/34 – Ein Überblick, in: Angelika Arenz-Morch/Stefan Heinz (Hrsg.): *Gewerkschafter im Konzentrationslager Osthofen 1933/34. Biografisches Handbuch.* Hrsg. im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz. Berlin 2019, S. 11 – 53.

Osterloh, Jörg/Wünschmann, Kim (Hrsg.): „... der schrankenlosesten Willkür ausgeliefert“. Häftlinge der frühen Konzentrationslager 1933-1936/37. *Wissenschaftliche Reihe des Fritz-Bauer-Instituts.* Frankfurt, New York 2017.

Arenz-Morch, Angelika: Max Tschornicki - ein Mainzer Sozialist aus jüdischer Familie, in: Mainzer Geschichtsblätter. Veröffentlichungen des Vereins für Sozialgeschichte Mainz, Heft 15 (2014), S. 71 – 97.

Förderverein Projekt Osthofen e.V. (Hrsg.): 25 Jahre 1986 – 2011 Förderverein Projekt Osthofen e. V. Osthofen 2011.

„Am Anfang stand die Gewalt. In the beginning was violence...“. Das Konzentrationslager Osthofen 1933/34. Ein Dokumentarfilm (29 Min.), Sprache: deutsch und englisch. Hrsg. v. der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz. Mainz 2008 (als DVD erhältlich).

Ruppert-Kelly, Martina: Das Projekt Osthofen. Der schwierige Weg zur Gedenkstätte. Hrsg. v. Förderverein Projekt Osthofen e.V. Osthofen 2004.

Meyer, Hans-Georg/Roth, Kerstin: Zentrale staatliche Einrichtung des Landes Hessen: Das Konzentrationslager Osthofen, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.): Instrumentarium der Macht. Frühe Konzentrationslager 1933 – 1937. Berlin 2003, S. 189 – 219.



Außenansicht des Konzentrationslagers Osthofen 1933

